

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 20 (1940-1941)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Eine Audienz : aus ihrer Entwicklungsgeschichte und ihre Lehren  
**Autor:** Meierhans, Paul  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-333884>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

20. JAHRGANG — OKTOBER 1940 — HEFT 2

## Eine Audienz

Aus ihrer Entwicklungsgeschichte und ihre Lehren

Von Dr. Paul Meierhans

Der Empfang der drei Nationalsozialisten Schaffner, Hofmann und Keller durch den Bundespräsidenten, was ihm voranging und was ihm nachfolgte, zählt unter die bedeutsamsten innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen. Der Politik Fernstehende – dazu zählen auch die Indifferenten und Gleichgültigen – mögen eine solche Behauptung als übertrieben werten und nicht verstehen, warum diese Audienz soviel Staub aufwirbelte, die Volk, Parlament und Bundesrat während einiger Tage in heftigste Aufregung versetzte und beinahe eine Staatskrise heraufbeschwor. Wer natürlich keine Ahnung hat von Wesen und Ziel der «Nationalen Bewegung der Schweiz», für die die drei genannten Leute als bevollmächtigte Vertreter amteten, wer unbeschwert von Wissen und Kenntnis über die Vorgänge im Ausland ist, besonders in jenen Staaten, die in den letzten paar Monaten von der Landkarte als *unabhängige Länder* verschwunden sind, dem bleibt jedes Verständnis für die Berechtigung der Erregung verschlossen und er flüchtet sich dann vielleicht in das bequeme Schimpfen über unsere Presse, die allein schuld sei an der entstandenen Beunruhigung. Oder er macht es so wie welsche Kreise, die davon schrieben, gewisse Deutschschweizer hätten ihre längst bestehende innere Abneigung gegen Bundesrat Pilet nun bei dieser Gelegenheit abreaktiert und deshalb den Zwischenfall zu einer Affäre aufgebauscht. Hätte der verantwortliche Chef des Politischen Departements anders geheißen, kein Hahn würde nach dem Empfang gekräht haben.

Nichts ist falscher und oberflächlicher als eine solche Deutung. Gleichzeitig auch nichts gefährlicher, weil eine solche Argumentation in ihrem innersten Kern, wenn auch ungewollt, die Keime der Zersetzung der Schweiz nach Sprachgebieten enthält. Wahr ist, daß die Reaktion in der alemannischen Schweiz weit heftiger war als in der welschen Schweiz. Das aber nicht deswegen, weil ein welscher Bundesrat im Spiel war, gegen den die deutschsprachigen Schweizer besonders voreingenommen wären – das hat bis vor kurzem nicht zugetroffen, und wenn diese Behauptung heute nicht mehr so unbestritten ist, so hat die Angelegenheit vom 10. September erst eine solche Mentalität geschaffen.

Es ist kein Zufall, daß in der deutschsprechenden Schweiz, die naturgemäß über weit empfindlichere Sinnesorgane für nationalsozialistische Gefahren verfügt, das Echo viel lauter und nachhallender ausfiel. So wie die welsche Schweiz auf die Ereignisse im sprachverwandten Frankreich lebhafter reagiert – erinnern wir da nur an die Vorgänge während der Volksfrontregierung oder beim Zusammenbruch Frankreichs in diesem Sommer –, ist bei uns das Ohr für die Entwicklung in Deutschland und die von dorther stammenden Einflüsse geschärft. Der Tessin seinerseits hat zum Beispiel den Faschismus weitaus am lebhaftesten abgelehnt, weil man seine Unvereinbarkeit mit unsren demokratischen Prinzipien gerade des sprachlichen Verständnisses wegen am innigsten empfand.

Dabei wollen wir allerdings nicht behaupten, daß in der *Affäre Pilet* (wie wir den Empfang kurz umschrieben nennen wollen) allen Deutschschweizern ohne Unterschied die grundsätzliche Bedeutung dieses Falles bewußt gewesen und allen andern abgegangen sei. Es gab auch da bezeichnende Minoritäten. Im katholisch-konservativen «Vaterland» – das im übrigen eine mit den ablehnenden Gefühlen seiner Leserschaft in Einklang stehende Haltung einnahm – erschien zum Beispiel ein Artikel des hochbetagten Nationalrats *Walther*, der eine ganz merkwürdige und gottlob einzig dastehende Geisteshaltung aufwies. Walther unternahm einen Bagatellisierungsversuch, der, wie sich nachher herausstellte, seinen besondern psychologischen Hintergrund hatte. Erst durch die sensationelle Aufbauschung des Empfangs durch die Presse sei eine Affäre Pilet und damit eine schwere inner- und außenpolitische Gefahr entstanden. Allerdings seien dem Bundeshaus einige kleine Ungeschicklichkeiten und Unvorsichtigkeiten passiert, aber ohne den Lärm und das Sensationsbedürfnis der «senkrechten» Presse, die er nebenbei wegen ihrer Bevormundung anklagt, würde sich unser Volk in keiner Weise aufgeregt haben. Gleichzeitig holte Walther dann zu einem Gegenangriff gegen die Sozialdemokraten aus, die er anschuldigte, sie hätten durch ihr Verhalten das ohnehin recht empfindliche Porzellan der Zusammenarbeit elefantenmäßig zusammengetrampelt! Die Größe der Heuchelei in den Behauptungen Walthers wird nur noch übertroffen durch den Umstand, daß Walther der Hauptverantwortliche für die unsere innere Geschlossenheit am meisten belastende Tatsache des Ausschlusses der größten Landespartei von der Regierung ist und daß er durch seine Künste nicht wenig dazu beigetragen hat, das Porzellan der Zusammenarbeit aller Parteien recht empfindlich zu erhalten. Das war seine Hauptsorge in den letzten zwanzig Jahren. Die Klage über das zerbrochene Geschirr kann jeder andere schweizerische Politiker mit weit mehr Recht erheben. Walther wird begreifen, wenn von unserer Seite sein Jammer als *unecht* und geradezu stilwidrig zu seinem ganzen politischen Verhalten empfunden wird. Übrigens verrät er sich am Schluß seiner falschen Tränen mit dem nur schlecht verhüllten Wunsch: «Nur ein fast *pathologischer* Optimismus kann zu der Annahme führen, daß in nächster Zeit eine Zusammenarbeit aller Gruppen und Parteien im Bereich der Möglichkeit liege.» Der Bagatellisierungsversuch und die

heftige Reaktion Walthers auf die Haltung der Sozialdemokraten wird verständlich, wenn man weiß, daß der Luzerner Politiker zu den geistigen Urhebern des unglücklichen und mißglückten Manövers zählt, der nach seinem eigenen Bekenntnis den Bundesrat aufgemuntert hat, sich auch mit den Nationalsozialisten freundlich zu unterhalten. Walther fühlt sich mitverantwortlich und – mitschuldig. Doch gehen wir zur Hauptsache über.

Der Zwischenfall vom 10. September hätte nie diese Proportionen des Aufsehens annehmen können, wenn es sich um einen bloßen «Betriebsunfall», eine zuwenig bedachte oder zu eilig beschlossene Audienz gehandelt hätte, um eine zufällig auf dem Parkett des Bundesbodens herumliegende Orangenschale, über die der noch unerfahrene Chef unserer Diplomatie gestolpert ist. Aber dem ist leider *nicht* so. Der Empfang der Nationalsozialisten stellt *ein Glied in einer schon langen Serie von Zugeständnissen* dar, die in der gleichen Linie liegen. Es handelt sich da um ein Symptom einer wohlüberlegten und seit Wochen eingeleiteten *neuen* Politik, zu der das Volk sich bis jetzt nicht äußern konnte, die nun aber durch das Nachspiel zum Empfang eindeutig *verurteilt* ist.

Diese «neue Politik» fand ihren ersten Ausdruck in der Rede vom 25. Juni, die der Bundespräsident (über die Köpfe seiner Kollegen im Bundesrat hinweg) an sein Volk richtete und in der bereits jene Untertöne deutlich vernehmbar waren, die zum 10. September führen mußten. Eine Minorität im Bundesrat glaubt die Zeit günstig für die Einleitung eines *autoritären Kurses* über und gegen die Parteien, «aus eigener Machtvollkommenheit». Der eine sieht darin eine Befriedigung seines persönlichen Machtstrebens und Ehrgeizes, ohne zu wissen, wohin eigentlich ihn die Autorität letzten Endes führen wird; ein anderer hingegen träumt von einem *Korporationenstaat*, ohne daß dieser Traum durch die Erfahrung des schrecklichen Endes des österreichischen Experiments gestört würde.

Das Echo des *Auslandes* auf die Rede vom 25. Juni war bezeichnend. In den totalitären Staaten witterte man für die Schweiz diktatoriale Morgenluft, wobei zwei ganz verschiedene Auslegungen zum Ausdruck kamen. Die einen glaubten an die Echtheit des neuen helvetischen Menschen und sahen darin auch eine echte Wandlung; die andern trauten der neuen Sprache nicht und redeten davon, die ganze Sache sei nicht ernst gemeint, bloß ein Produkt der *Angst*, und stelle einen Versuch dar, durch eine scheinbare Konzession an die totalitäre Konzeption, im demokratischen Sumpf um so beharrlicher zu bleiben. Diese forderten weitere Beweise der tatsächlichen innern Umkehr, Beweise auf dem politischen Gebiet, *Taten* und nicht Worte. Dazu waren sie um so mehr ermutigt durch ihre Annahme, die schweizerische Landesregierung sei von Gefühlen der Angst beseelt. Ein ausländischer Presseattaché hatte sich schon Ende Mai ungestraft in mehr als eigenartiger Weise in unsere Zeitungen einmischen dürfen und ein Verhalten an den Tag gelegt, für das sein eigener Staat mindestens die Wegweisung, wenn nicht Schlimmeres, als Sanktion gekannt hätte.

Im Innern wurden die einheimischen Anhänger des totalitären Machtgedankens, die sich offen und ehrlich zum Nationalsozialismus und damit zum Gegner jeder demokratischen Ordnung erklären, nach dem 25. Juni erst recht in ihren Hoffnungen neu belebt. Sie begannen eine steigende Aktivität zu entfalten, wobei ihnen vor allem daran gelegen war, sich ein publizistisches Tagesorgan neu zu schaffen. Ende Dezember letzten Jahres war durch die Abteilung Presse und Funkspruch im Armeestab das Erscheinen der «Neuen Basler Zeitung» bis auf weiteres verboten worden. Ein Rekurs gegen diesen Entscheid fiel negativ aus. Die Herausgeber und Hintermänner dieser Zeitung verdoppelten im Mai und Juni die Anstrengungen, «ihr Organ» freizubekommen und scheuteten sich keineswegs, zu diesem Zwecke die Türfallen des Bundeshauses eifrig zu drücken und überall ihre absolute Loyalität zu bekunden. An der «Neuen Basler Zeitung» wirkten bis in den Dezember 1939 die Herren Henne, Wechlin, Keller und Stadler für die Ideen des Nationalsozialismus, und sie waren sehr betrübt, als ihnen (durch *andere* Umstände ermöglicht) die Fortsetzung ihrer Tätigkeit unterbunden war, und das trotz des genialen Einfalls, sich im Moment der Bedrohung durch die schweizerischen Behörden von Deutschland mittels eines Einfuhrverbots das Alibi für die absolut schweizerische Haltung zu verschaffen! Das nur nebenbei.

Im Bundeshaus blieben die Demarchen nicht ganz ohne Erfolg und Eindruck, besonders in den Maiwochen und den Junitagen dieses Jahres. Das blieb auch den Herren Wechlin, Keller und Konsorten nicht verborgen, die vereint mit Hofmann den Hebel gleichzeitig bei verschiedenen Departementen ansetzten und so mit Leichtigkeit die druckempfindlichen Stellen ausfindig machen konnten. Dort setzten sie dann mit Hochdruck an! In einem bestimmten Moment (es war das Ende Juni nach der berühmten Rede Pilets) glaubten sie schon gewonnenes Spiel, das heißt die Bewilligung zum Wiedererscheinen der «Neuen Basler Zeitung» im Sack zu haben. Die Zusicherungen erwiesen sich als wenig wertvoll, trotzdem sie von einer Stelle kamen, die als absolut kompetent und zuständig erscheinen mußte. *Dieser Schuß war dennoch fehlgegangen.*

Aber es hieße die Hartnäckigkeit und die Folgerichtigkeit der Bemühungen unterschätzen, wollte man annehmen, von diesem Augenblick an sei der Kampf um die Anerkennung der nationalsozialistischen Bestrebungen durch die Wiederzulassung einer Zeitung oder in irgendeiner äquivalenten Form aufgegeben worden. Nein, er wurde noch verschärft. Aus der Geschichte des Aufstiegs des Nationalsozialismus ist bekannt, welche entscheidende Rolle in bestimmten Augenblicken der Gewinnung mächtiger und einflußreicher Kreise hinter den Kulissen zukommt. Denn es ist wichtiger, die unsichtbaren *Drahtzieher* für sich zu gewinnen, als die dem Publikum Vergnügen bereitenden Marionetten. Nach diesem Grundsatz drängte man sich in die Salons der von der «Erneuerung» angekränkelten Industriellen, Bankiers und Trustadvokaten, wo man auch höhere und hohe Militärs zu Gesicht bekam, ja sogar zufällig mit einem Mitglied der Landesregierung zusammenstieß und seine feinen

und ungefährlichen Manieren an ihnen zu erproben Gelegenheit hatte. Das schmeichelte nicht nur dem eigenen Ehrgeiz, sondern schuf auch jene Verbindungen, über die das Eintrittsbillett in die anerkannten Bewegungen zu erhoffen war. «Paris ist eine Messe wert», sagte sich Heinrich IV., und der große Jakob Schaffner fand einen Kuraufenthalt im Hotel «Verenahof» in Baden bei Zürich seiner Gesundheit doppelt zuträglich, als er vernahm, daß dort auch der Bundespräsident Heilung von seinen körperlichen Gebrechen suchte. In dieser Zeit ging wieder eine heftige Kampagne in der gleichgeschalteten deutschen Presse gegen die Schweiz los, die Eidgenossenschaft wurde wegen Reichsfeindschaft auf die Anklagebank gesetzt und ihr bedeutet, sie verdanke ihre Existenz ja überhaupt nur einem Schwächeanfall des Deutschen Reichs (vor nur dreihundert Jahren). Schaffner übernahm die Rolle der Verteidigung der Schweiz; er stellte Irrtümer richtig und benahm sich überhaupt in einem ersten Artikel des «Reichs» recht manierlich und mutig, was sehr viele brave Demokraten so rührte, daß sie ihm alle seine früheren Sünden verziehen und bereit waren, ihn sofort in ihren demokratischen Schoß aufzunehmen. Sie glaubten es mit einem *Bekehrten* zu tun zu haben, und deshalb war die Freude und die Genugtuung überquellend. Dabei hatten diese Leutchen ganz übersehen, daß Schaffner das Wort «Unabhängigkeit» der Schweiz so wenig gebraucht hatte wie Herr Bundespräsident Pilet den Ausdruck «Demokratie». Gewiß, Schaffner sprach von Eigenständigkeit, und er zeichnete mit unverkennbarem schriftstellerischem Talent die besondere Entwicklung unserer Eidgenossenschaft und warb um Verständnis. Aber auch im braunen Himmel macht eine Schwalbe noch keinen Sommer, und letzten Endes entscheiden ja im Dritten Reiche nicht die Dichter, sondern weniger poetisch veranlagte Menschen. Die «Gazette de Lausanne», das Leibblatt des radikalen Bundespräsidenten, sah schon den dank Schaffner sich anbahnenden endgültigen Frieden mit dem Dritten Reiche und feierte den Verfasser als den mächtigen Vermittler, dem das Vaterland aufrichtigen Dank schulde.

Das trug dazu bei, daß sich der Bundespräsident in seinem sich schon längst entwickelnden Beschlusse bestärkt sah, die *Verbindung* mit den Erneuerern offiziell aufzunehmen, das um so mehr, als Schaffner die Freundlichkeit gehabt hatte, dem Bundespräsidenten seinen «Reichs»-Artikel eigenhändig zu übermitteln, wofür ihm der Bundespräsident weltmännisch-höflich dankte. Dazu kam dann eben noch, daß ein anderer Bundesrat aus einer Zürcher Abendveranstaltung her den Wunsch nach einem solchen Empfang mit einem empfehlenden Wort weiterleitete, und als gar noch der Luzerner Odysseus darin keine Schlingen witterte, war das letzte mentale Hindernis beseitigt.

Der Empfang konnte losgehen!

Jetzt wird wohl auch verständlicher, warum, nachdem er sich des Einverständnisses hochgestellter Eidgenossen sicher wußte, Bundespräsident Pilet auch keine Bedenken mehr trug, die Öffentlichkeit über den Empfang orientieren zu lassen. Er glaubte sich der Zustimmung des Volkes gewiß. Darin hat er sich genau so getäuscht wie die Empfangenen, die meinten, zur unwiderstehlichen Bewegung geworden zu

sein und die ihren Triumph denn auch sofort nach Berlin drahten ließen – so daß die Schweizer über das Deutsche Nachrichtenbüro und die deutschen Sender von der Audienz vernahmen, was natürlich das Mißtrauen vervielfachen mußte. (Denn seit wann benutzen *wirkliche Schweizer* diesen weiten Umweg, wenn sie der schweizerischen Öffentlichkeit etwas mitzuteilen haben?)

Diese kleine Ungeschicklichkeit, um mit Walther zu reden, trug nicht wenig dazu bei, den wahren Charakter der Sache erkennen zu lassen. Man muß den Herrschaften recht dankbar sein, daß sie in dieser Weise ihre raschen Verbindungen aufdeckten. Nachträglich kratzen sie sich über ihren Kunstfehler die Haare und der verantwortliche «Pressechef» hat das Examen für das Amt eines wirklich gerissenen Propagandaleiters in diesem Punkte nicht bestanden. Die Mitteilung, die etwas verspätet der schweizerischen Presse zugestellt wurde, wies dann anderseits die Kennzeichen einer ausgereiften Kunst der Irreführung auf, wie nachträglich der Bundesrat selbst feststellte. Sie sah so aus:

## Nationale Bewegung der Schweiz

Briefadresse: Poststadl Frauenmünster 467 Zürich / Postcheck VIII 13417 / Telephon 76696

### Mitteilung.

Am 10. September 1940 empfing Herr Bundespräsident M. Pilet-Golaz die bevollmächtigten Vertreter der NATIONALEN BEWEGUNG DER SCHWEIZ Ernst Hofmann und Dr. Max Leo Keller in offizieller Audienz. Der Unterredung wohnte auch der Dichter Jakob Schaffner bei. Die Vertreter der N.B.S. unterrichteten den Bundespräsidenten über deren politische Zielgebung als der Trägerin des neuen politischen und sozialen Gedankens.

Die Unterredung, welche 1½ Stunden dauerte, stellt einen ersten Schritt zur Befriedung der politischen Verhältnisse der Schweiz dar.

Sehr geehrte Redaktion,

Im Einverständnis mit dem Herrn Bundespräsidenten stellen wir Ihnen eine kurze Mitteilung zur Verfügung, mit dem höfl. Ersuchen, diese in Ihrer geschätzten Zeitung veröffentlichen zu wollen.

Das Hauptgewicht der Mitteilung lag natürlich auf dem letzten Satz, wonach «ein erster Schritt zur Befriedung der Schweiz» getan sei. Das wollte nichts anderes heißen, als daß die sogenannte Nationale Bewegung der Schweiz mit der Landesregierung bisher im Kampfe gelegen habe und daß nun eine definitive Versöhnung bevorstehe. Nach dem Beispiel anderer Staaten konnte sie nur in einem *Nachgeben*, in einer *Kapitulation* der Demokratie vor ihren Gegnern enden. Mit dieser gewollten Vorstellung sollte der innere Widerstandswille des Volkes gebrochen und gleichzeitig die Landesregierung als zur Kapitulation bereit diskreditiert werden.

Nun bäumte sich das Land auf. Mit aller Entschiedenheit und ohne Unterschied der Parteien und Landesgegenden wurde dieser Gleichschaltungsversuch einer ebenso bedeutungslosen wie anmaßenden Gruppe zurückgewiesen. Dies mit einer Heftigkeit, die dem verantwortlichen obersten Magistraten beinahe seinen Sessel gekostet hätte und die ihn auf jeden Fall um das einmütige Vertrauen des Schweizervolkes gebracht hat.

Es ist hier überflüssig, auf die *parlamentarische* Erledigung dieses Falles einzutreten. Einmal mehr hat sich die Volksvertretung als die wahre Hüterin der Rechte und Freiheiten des Schweizervolkes bewährt und gleichzeitig ist der Beweis der Gefährlichkeit jeder unmäßigen Konzentration der politischen Macht in der Hand eines Einzelnen oder in die eines von der Bisluft der Öffentlichkeit abgeschlossenen Kollegiums geleistet. Nach dieser Erfahrung hat niemand mehr Lust, einen eidgenössischen Landammann zu fordern oder den Bundesrat ohne Kontrolle durch das Parlament schalten und walten zu lassen. Im Gegenteil! Das Bedürfnis nach einer noch schärferen und argwöhnischeren Beobachtung der Politik des Bundesrates macht sich geltend.

Ohne auf den geringsten Widerstand zu stoßen – es fand sich keine einzige Stimme, die im Plenum der Räte eine Ehrenrettung des Bundespräsidenten versuchte –, hörten die beiden Kammern Erklärungen an, die alles in allem eine glatte Verurteilung des Empfangs vom 10. September bedeuteten. Mehr als das: sie enthalten eine deutliche *Warnung*, die autoritäre oder persönliche Politik fortzusetzen. Der *Bundesrat* verspricht, künftig in Übereinstimmung mit der Auffassung des Schweizervolkes und gestützt auf das Parlament seine Funktionen auszuüben und er verzichtet ausdrücklich auf die Rede vom 25. Juni als Richtschnur für ein Regierungsprogramm! In der Erklärung der *bürgerlichen Fraktionen* wird Kenntnis genommen von der Absicht des Bundesrates, die Politik der Schweiz gemeinsam mit den bestehenden politischen Parteien auf dem Boden der Demokratie fortzuführen, unter Ausschluß von Bewegungen, die, offen oder getarnt, Ziele verfolgen, die mit der Eigenstaatlichkeit, der Unabhängigkeit und Selbständigkeit und mit der Würde des Landes in Widerspruch stehen. Zudem wird der Empfang bedauert und erklärt, die Audienz vom 10. September vermöchten sie nicht als Ausfluß politischer Notwendigkeit zu erkennen. Damit war von dieser Seite das Urteil gesprochen. Es entbehrt nicht der Schärfe, wenn man bedenkt, daß es von den Regierungsparteien gegen den ihnen

parteipolitisch zugehörigen Bundespräsidenten gerichtet ist. Jeder andere Bundesrat hätte daraus die Notwendigkeit seines Rücktritts abgeleitet.

Die sozialdemokratische Fraktion legte Wert auf die Feststellung, daß am 10. September drei Nationalsozialisten empfangen worden waren (und nicht etwa drei harmlose, gedichtaufsagende Erneuerer), und fuhr weiter: «Durch sein Verhalten hat Herr Pilet-Golaz das Vertrauen verloren, dessen ein Mitglied der obersten Landesbehörde bedarf.» In diesem Satze ist selbstverständlich die Forderung nach dem Rücktritt in aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit enthalten, auch wenn das Wort selbst fehlt. Wer das Vertrauen verloren hat, für den ist in der Demokratie der Moment gekommen, von seinem politischen Schauplatz abzutreten. Besonders, wenn er den in den heutigen Zeiten doppelt schwierigen Posten eines Außenministers bekleidet. Darüber braucht es keine Worte.

Ziehen wir das Fazit: Volk und Parlament lassen die schweizerische Demokratie nicht in eine autoritäre Regierungsform verfälschen. Entweder geht es mit dem Volk und mit der Volksvertretung oder dann geht es überhaupt nicht mehr. Jeder Versuch, mit «Bewegungen» zu paktieren, die auf antidemokratischem Boden stehen und jeder Anschein eines solchen Versuchs wird vom Volke selbst als Kapitulation empfunden und deswegen in aller Schärfe abgelehnt. Wer solche Versuche einleitet oder ihnen nachgibt, hat keinen Platz mehr in der Führung der Eidgenossenschaft. Welche Parteien in unserem Lande zu dulden und welche zu bekämpfen sind, ist eine *rein innere* Angelegenheit, und jede Einmischung des Auslandes widerspricht unserer Würde und Ehre als unabhängiger Staat. Schöne Gesten und Vorleistungen auf Kosten der Grundlagen unserer demokratischen Institutionen machen im Ausland bloß den Eindruck der *Schwäche* und zersetzen im Innern die Opferbereitschaft für die materielle und geistige Landesverteidigung. Volk und Volksvertretung fordern nach innen eine Politik des sozialen Fortschritts und der demokratischen Entschlossenheit in der Abwehr aller Feinde unserer jahrhundertealten Freiheiten, und nach außen eine Politik der *würdevollen Neutralität*, die jede Eingliederung in irgendein System der Interessen der Großmächte zu vermeiden hat. Das sind die Lehren, die sich aus den politischen Erfahrungen der letzten Wochen mit aller Deutlichkeit ergeben haben.

### Die abgegebenen Erklärungen

Zu Zwecken der lückenlosen Dokumentation der Leser dieser Zeitschrift lassen wir die in den eidgenössischen Räten in der Sitzung vom 18. September 1940 abgegebenen Erklärungen in ihrem vollen Wortlaut folgen.

#### Erklärung des Bundesrates

Die Audienz, die vom Bundespräsidenten am 10. September im Bundeshaus den Herren Schaffner, Hofmann und Keller gewährt wurde, sowie das folgende Communiqué haben zu den verschiedensten Auslegungen Anlaß gegeben, die

einer Klarstellung bedürfen. Dem Bundesrat liegt aus diesem Grunde daran, folgende Erklärung abzugeben:

Der Schriftsteller Schaffner hatte beim Bundespräsidenten um eine Audienz nachgesucht, die ihm mit Wissen des Bundesrates gewährt wurde. Im Verlaufe dieser Unterredung haben die ihn begleitenden Herren Hofmann und Keller in ihrer Eigenschaft als Vertreter der «Nationalen Bewegung der Schweiz» die Ziele und Begehrungen dieser Bewegung dargelegt. Sie haben im übrigen des näheren ausgeführt, daß sie sich durchaus auf den Boden einer unabhängigen und freien Schweiz stellten, daß sie weder Weisungen noch Geld aus dem Ausland erhielten und daß sie sich in ihrer ganzen Tätigkeit nach den Grundsätzen des öffentlichen Rechtes zu richten gedächten.

Der Bundespräsident hat sie gebeten, ihm schriftlich diese vier Punkte zu bestätigen, damit er dem Bundesrat die erhaltenen Aufschlüsse übermitteln könne. Sie haben dies bereits andern Tages getan.

Beim Weggehen haben die Herren Hofmann und Keller die Absicht geäußert, ein Communiqué herauszugeben. Der Bundespräsident ersuchte sie, lediglich zu sagen, daß sie empfangen worden seien und ihm ihre Ansichten dargelegt hätten. Der von ihrem Pressedienst herausgegebene Text, der sich an diese Weisung nicht gehalten hat, wurde ihm nicht unterbreitet.

Wenige Minuten nachher erstattete er im Verlaufe der Nachmittagsitzung jenes Tages dem Bundesrat vorläufig Bericht. Er ergänzte ihn am folgenden Freitag, nachdem er im Besitze des Schreibens der Herren Hofmann und Keller war.

Es versteht sich von selbst, daß der Bundesrat sowohl vor wie nach dieser Unterredung die Politik verfolgte, die er in seiner feierlichen Erklärung vom 30. August 1939, in seinen Ausführungen vom 11. September vor der Kommission der außerordentlichen Vollmachten des Nationalrates und in der Rede des Bundespräsidenten vom 12. September in Lausanne begründet hat:

Unerschütterlicher Wille zur Unabhängigkeit und Freiheit, Beobachtung und strenge Wahrung der Neutralität, herzliche Beziehungen zu allen Staaten — Ordnung, Disziplin, Einigkeit und Solidarität im Innern im Rahmen unserer jahrhundertealten Einrichtungen, deren bewährte Grundsätze die Grundlage unserer demokratischen und föderalistischen Organisation bleiben.

Indem er dergestalt seine Politik bekräftigt und bestätigt, ist der Bundesrat überzeugt, sich in Übereinstimmung mit der Auffassung des Schweizervolkes zu befinden und gestützt auf das Parlament der Zukunft mit Vertrauen entgegenblicken zu können.

### **Erklärung der bürgerlichen Fraktionen**

Die radikal-demokratische Fraktion, die katholisch-konservative Fraktion, die Fraktion der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und die liberal-demokratische Fraktion gaben folgende Erklärung zu Protokoll:

Wir haben Kenntnis genommen von der soeben verlesenen Erklärung des Bundesrates. Wir nehmen Akt von der weiteren Mitteilung des Bundesrates in der Präsidentenkonferenz, daß er die Politik der Schweiz gemeinsam mit den bestehenden politischen Parteien auf dem Boden der Demokratie fortführen wird, unter Ausschluß von Bewegungen, die, offen oder getarnt, Ziele verfolgen, die mit der Eigenstaatlichkeit, der Unabhängigkeit und Selbständigkeit und mit der Würde des Landes in Widerspruch stehen.

Der Empfang von Vertretern der sogenannten «Nationalen Bewegung der Schweiz» durch den Bundespräsidenten hat, im Zusammenhang mit einer Reihe von Einzelerscheinungen, in weiten Kreisen der Bevölkerung Beunruhigung und Besorgnis hervorgerufen, war Mißverständnissen ausgesetzt und wurde von

diesen Vertretern für propagandistische, der geschichtlichen Aufgabe der Schweiz zuwiderlaufende Zwecke mißbraucht.

Die eingangs erwähnten Gruppen der Bundesversammlung bedauern diese Tatsache. Sie vermögen die Audienz vom 10. September 1940 mit den Vertretern einer Bewegung, die sich bisher als Gegner der demokratischen Staatseinrichtungen betätigt hat, nicht als einen Ausfluß politischer Notwendigkeiten zu erkennen. Unsere politischen Verhältnisse bedürfen einer solchen «Befriedung» nicht.

### **Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion**

Bundespräsident Pilet-Golaz hat am 10. September drei Vertretern der «schweizerischen» Nationalsozialisten offiziell Audienz gewährt. Er hat durch den Empfang der Nationalsozialisten Schaffner, Hofmann und Keller den Eindruck erweckt, als ob der Bundesrat eine politische Bewegung anerkenne, die sich die Aufspaltung des Volkes, die Zertrümmerung der Demokratie und die Preisgabe der Unabhängigkeit unseres Landes zum Ziele setzt.

Durch sein Verhalten hat Herr Pilet-Golaz das Vertrauen verloren, dessen ein Mitglied der obersten Landesbehörde bedarf. Wir bedauern, daß Herr Pilet-Golaz sich nicht entschließen konnte, hieraus sofort die gebotene Konsequenz zu ziehen. Für die daraus entstehenden Folgen tragen Herr Pilet-Golaz und die ihn stützenden Kreise die Verantwortung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung wird ihren Kampf gegen jede Gefährdung unserer Demokratie und der Unabhängigkeit unseres Landes und gegen jeden Defaitisten, stehe er, wo er wolle, fortsetzen, in der sicheren Überzeugung, daß in diesem Kampf das Schweizervolk auf ihrer Seite steht.

### **Die Erklärung der Unabhängigen**

Die Mehrheitsparteien tragen die volle Verantwortung für das Geschehene und für die Lösung der gegenwärtigen Situation. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß 1. die Einheit unseres Volkes nur auf dem eindeutig demokratischen Boden unserer Verfassung erhalten werden kann und jede Abschwenkung von ihm Volk und Parlament in zwei Lager aufspalten müßte, 2. die Unabhängigkeit des Landes nur durch achtunggebietendes Festhalten an einer unbestechlichen, zu jedem Opfer bereiten Neutralität erhalten werden kann. Weil diese höchsten Güter heute auf dem Spiele stehen, ist die Gefahr vorhanden, daß eine noch so eindeutige Erklärung der Parteien nur als eine Verwischung einer gefährlichen Situation betrachtet würde. In der gegenwärtigen Lage hat nur noch eine Tat die erforderliche reinigende Wirkung. Die Demission des Bundespräsidenten Pilet scheint uns unvermeidlich. Mit einem Schlag wäre das Vertrauen im Volk und in der Armee wieder hergestellt. Die eine wie die andere der kriegsführenden Parteien würde den bedingungslosen Willen unseres Landes zur Neutralität anerkennen müssen.

Wir wenden uns sodann mit aller Entschiedenheit gegen die Tendenz, die Volksvertretung über vorgekommene Fehler verantwortlicher Persönlichkeiten nicht zu orientieren und protestieren gegen den Ausschluß unseres Fraktionschefs aus der letzten Präsidentenkonferenz.

\* \* \*

Die Freie und demokratische Fraktion (Gruppe Müller, Großhöchstetten) verzichtete darauf, sich zur Angelegenheit zu äußern.